dimitris.avramopoulos[@ec.europa.eu](mailto:Vorname.Nachname@ec.europa.eu).

Verstoß der Bundesrepublik Deutschland gegen die Asylregeln der Europäischen Union und eine damit einhergehende unsoziale Integrationspolitik, so wie es gerade der Hamburger Senat beschlossen hat.

Zur Sache:

Das deutsche Vorgehen in der Flüchtlingskrise hat nach Auffassung der EU-Kommission Asylregeln der Europäischen Union ausgehebelt. Brüssel hat Berlin ein Mahnschreiben geschickt wegen unzureichender Umsetzung der EU-Asyl-Richtlinie und der Richtlinie zur Aufnahme von Flüchtlingen. Insgesamt hat die Kommission wegen Verstößen gegen die europäische Asylgesetzgebung 40 Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und 18 weitere Staaten eingeleitet.

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos kritisierte allerdings ausdrücklich die deutsche Entscheidung, Tausende Syrer aufzunehmen. So hatte Deutschland entschieden, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien nicht mehr in ein anderes EU-Land zurückzuschicken, über das sie in die EU eingereist sind - obwohl dies nach den Dublin-Regeln möglich und vorgesehen ist.

Brüssel: Deutschland am Dublin-Kollaps mitschuld

Hinzu kommt, dass 600.000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden, was die Gesamtsituation verschärft. Durch die Verstöße im Asylrecht, will Deutschland nun seine Bürger unrechtmäßig unsozial behandeln und diesen soziale Brennpunkte und Ghettos aufzwingen. So hat der Hamburger Senat, Großunterkünfte für Flüchtlinge beschlossen, welche ungeachtet der sozialen Struktur in den jeweiligen Stadtgebieten, gebaut werden sollen. Selbst in Stadtteilen mit mehr als 50% Migrationsanteil und über 70% Migrationsanteil bei den Jugendlichen, sollen diese Großunterkünfte realisiert werden. Auch die sozialgerechte Durchmischung mit Einheimischen, für eine gelingende Integration, ist nicht gegeben und verwehrt den Flüchtlingen dauerhaft den Zugang zur Gesellschaft.

Zum Ersuchen:

Die EU-Kommission möge der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Freien und Hansestadt Hamburg, folgende Auflage erteilen und diese als Verbot aussprechen: Der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Freien und Hansestadt Hamburg, wird für eine sozialgerechte Integration untersagt, Kommunen und Stadtteile, welche bereits einen überdurchschnittlichen Anteil an Migranten und Ausländern verbuchen, für Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Des Weiteren wird auferlegt, dass eine dezantrale Unterbringung der Flüchtlinge uneingeschränkt Vorrang hat und bei der Errichtung neuer Unterkünfte, auf eine sozialgerechte Durchmischung von Flüchtlingen und Einheimischen, verschiedener Sozialstrukturen, zu achten ist. Empfohlen wird als Richtwert bei der Durchmischung: 1/3 Flüchtlinge zu 2/3 Einheimische unter Beachtung, dass bei den Kindern ein Verhältnis von 50/50, aus Sicht der Flüchtlinge, nicht überschritten wird. Bei den Einheimischen darf der Anteil an Sozialschwachen mit Anspruch auf Sozialwohnraum, nicht mehr als ½ betragen.

Begründung:

Werden Standorte mit einer großen Zahl Flüchtlinge das Stadtbild dominieren, droht der Stimmungsumschwung in der Stadt, zu Gunsten von mehr Fremdenfeindlichkeit und die ablehnende Haltung gegenüber den Flüchtlingen macht eine Integration nahezu unmöglich, was am Ende den Flüchtlingen den Zugang zur Gesellschaft und einem lebenswerten Leben verwehrt. Die Städte und Gemeinden (Kommunen) haben die Pflicht, alles für eine gelingende Integration und eines damit verbundenen, ausgewogenen, friedlichen und sozialgerechten Miteinanders, zu tun. Großunterkünfte und Großsiedlungen, wie von der Freien und Hansestadt Hamburg geplant, erreichen das Gegenteil und sind daher zu untersagen. Bei der Durchmischung darf das obig aufgeführte Verhältnis nicht negativ überschritten werden, da es sonst zu den angesprochenen Integrationsproblemen und zu sozialen Brennpunkten führt. Wird bei dem Anteil der Einheimischen nicht auf eine soziale Vermischung und Ausgeglichenheit geachtet, so läuft man Gefahr, dass neben den, anfänglich zu nahezu 100% auf stattliche Hilfe angewiesenen Flüchtlingen, nur sozialschwache und ebenso auf Hilfe angewiesene Einheimische, das Standortbild prägen, was unweigerlich zu einem Ghetto führt.

Mit freundlichen Grüßen.

Michael Uhlig

Bürgerinitiative Öjendorfer Park